

**Rede  
des Parlamentarischen Geschäftsführers**

**Wiard Siebels, MdL**

zu TOP Nr. 2 bis 5 – Regierungserklärung/Erste Beratungen

**2) Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema  
„Niedersachsen und die Notbremse“**

Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - Drs. 18/9028

**3) Novelle des Infektionsschutzgesetzes ablehnen**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/9036

**4) Die 3. Corona-Welle entschlossen brechen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs.18/9038

**5) Draußen ist das neue Drinnen - Erkenntnisse aus der  
Aerosolforschung berücksichtigen - Niedersachsen geht  
raus**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/9039

während der Plenarsitzung vom 21.04.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich unsere Fraktionsvorsitzende Hanne Modder entschuldigen. Sie ist leider erkrankt. Ich gehe allerdings davon aus, dass sie uns und vor allen Dingen mir gerade online zusieht.

An dieser Stelle darf ich gute Besserung ausrichten, liebe Hanne!

Meine Damen und Herren, was erwarten die Bürgerinnen und Bürger in dieser Zeit von Parlament und Regierung? - Jedenfalls keinen Beginn des Wahlkampfs!

„Das ist genau das, was die Handlungsfähigkeit und das Krisenmanagement lähmt. Außerdem ist es das Gegenteil von dem, was die Menschen wollen: eine Politik, die auf wirklich drängende Fragen Antworten findet und sich nicht gegenseitig zerfleischt.“

Meine Damen und Herren, das ist ein Zitat von Julia Willie Hamburg, allerdings nicht aus ihrer heutigen Rede, wie wir gerade feststellen durften, sondern aus der *Neuen Presse* vom 20. April 2021.

Dem schließe ich mich ausdrücklich an, liebe Kollegin.

Ich habe aber doch noch einige Worte dazu zu sagen. Dazu komme ich aber später.

Wo stehen wir, meine Damen und Herren? - Rund 80.000 Menschen sind allein in Deutschland an Corona gestorben. Und ich betone: *an* Corona und nicht *mit* Corona.

Das sind erschütternde Schicksale; das sind nicht nur Zahlen. Viele, viele Angehörige und Familien sind betroffen. Ich bin immer wieder darüber erschrocken, dass denjenigen, die ihr Leid und ihr Schicksal in den sozialen Medien, im Fernsehen und anderswo offenbaren, Hass und Häme - auch aus diesem Hause - entgegenschlagen. Das haben wir auch gerade wieder gehört. Dabei wäre es richtig, sich dem mit unserer Solidarität für diese Menschen entgegenzustellen, meine Damen und Herren. Wir fühlen mit ihnen.

Deshalb ist es gut und richtig gewesen, dass unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu einer Gedenkveranstaltung am vergangenen Sonntag eingeladen hat. Deswegen ist es gut und richtig, dass es die „Aktion #lichtfenster“ gibt. Ich finde es richtig, dass nicht nur Staatsoberhäupter und hochrangige Vertreter unseres Staats, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger öffentlich kundtun, dass sie mit denen fühlen, die ihre Angehörigen verloren haben, meine Damen und Herren.

Das RKI meldet - Stand von gestern Abend bzw. heute Morgen -, dass der R-Wert unter 1 gefallen ist. Das würde bedeuten, dass die Infiziertenzahlen schrittweise zurückgehen. Wir haben aber weiterhin hohe Infektionszahlen. Gestern - das sind logischerweise die Zahlen von vorgestern - waren es knapp 10.000 Infizierte in Deutschland. Heute - also die Zahlen von gestern - sind es knapp 25.000. Damit sind wir immer noch im Bereich einer zwar leichten Steigerung, aber im Bereich einer Steigerung. Wenn man die aktuelle Woche mit der Vorwoche vergleicht, ergibt das - je nachdem, welche tagesaktuelle Zahl man zugrunde legt - eine Steigerung von rund 8 Prozent.

Wir haben einen hohen Stand an Infektionen in Niedersachsen. Ich habe den heutigen Lagebericht aus dem Innenministerium noch nicht lesen können, aber wir haben auf den Intensivstationen eine Belegung von etwa 60 Prozent. Wir haben aber keine Explosion der Zahlen.

Niedersachsen ist bezüglich der Infektionszahlen seit Wochen und Monaten unter den besten drei Bundesländern. Stand gestern ist die Inzidenz bei 123,5. Nur zum Vergleich, weil einige hier aktuell doch sehr selbstbewusst auftreten: In Baden-Württemberg liegt die Inzidenz bei 170,5, Frau Kollegin Hamburg, und beispielsweise in Bayern liegt sie bei 185,3.

Ich will nicht behaupten, dass diese - jedenfalls im Vergleich - noch recht positiven Zahlen in Niedersachsen das alleinige Verdienst der Regierung wären - das wäre überzogen. Auch Herr Weil hat den Bürgerinnen und Bürgern richtigerweise für ihr Engagement und dafür, dass sie sich einschränken, gedankt. Es ist aber auch nicht der Fehler dieser Landesregierung, dass wir solche im Vergleich recht positiven Zahlen haben. Es erscheint deshalb richtig und sinnvoll, weiterhin einen klaren und - wie ich finde - vernünftigen Kurs in der Pandemiebekämpfung in Niedersachsen zu fahren. Das bedeutet durchaus, harte, vor allen Dingen aber auch konsequente Einschränkungen des Lebens. Aber, meine Damen und Herren, sie haben Erfolg, wie der Vergleich der Zahlen noch einmal belegt.

Ich finde es richtig - auch darauf hat der Herr Ministerpräsident hingewiesen -, dass Niedersachsen weiterhin im „Team Vorsicht“, wie er es, glaube ich, wörtlich formuliert hat, spielt. Auch ich möchte allen Bürgerinnen und Bürgern dafür danken, dass sie diese Einschränkungen und Entbehrungen in den vergangenen Wochen und Monaten auf sich genommen haben. Ich glaube, die Zahlen danken es uns an dieser Stelle. Ich weiß aber sehr wohl, dass es harte und entbehrungsreiche Monate gewesen sind, die jetzt hinter uns liegen.

Was ist der Anlass für die heutige Sondersitzung? Ich meine, es könnte - jedenfalls seit ich dem Landtag angehöre - durchaus neu sein, dass wir uns zu Bundesratsthemen und zu einer Diskussion über ein Bundesgesetz

zusammenfinden. Andererseits erscheint es richtig, dass im Rahmen der Diskussion über die Instrumente zur Pandemiebekämpfung auch der Niedersächsische Landtag abermals zu einer Sondersitzung zusammenkommt.

Die Ursache dafür, dass der Bund selbst Regeln festlegen will und möchte, ist, dass es uneinheitliche Regelungen in den Ländern gegeben hat, meine Damen und Herren. Die Ministerpräsidentenkonferenzen, die Schalten mit der Kanzlerin sind bisher insofern immer schwierig gewesen, als allzu oft abends etwas vereinbart, aber am nächsten Morgen etwas anderes gemacht wurde. Nachbarländer von Niedersachsen haben das in vielen kleinen Dingen so gemacht - angefangen bei der Debatte über die Öffnung oder Schließung von Baumärkten; ich kann mich sehr gut daran erinnern, mittlerweile ist das ziemlich genau ein Jahr her. Das war vielleicht so ein Meilenstein, der uns alle hier in Niedersachsen durchaus betroffen hat.

Ich sage ganz deutlich, dass ich dieses Verhalten, sich nicht an Vereinbarungen zu halten, schlicht für eine Unsitte halte.

Es schadet dem Ansehen des erfolgreichen Föderalismus in unserem Land.

Ich bin froh, dass unser Ministerpräsident, ja, unsere ganze Regierung, sich als bündnistreu - wenn ich das so bezeichnen darf - erwiesen hat, und erinnere daran, dass sie dafür durchaus viel Kritik einstecken musste. Übrigens gilt das auch für uns Abgeordnete, jedenfalls für die der Koalitionsfraktionen. Gelegentlich ist es gar nicht so einfach gewesen, sich an das zu halten, was in der Ministerpräsidentenkonferenz vereinbart worden ist, während andere Länder bestimmte Regelungen eben doch etwas lockerer gehandhabt haben. Aber das war richtig, meine Damen und Herren. Im Föderalismus - der jedenfalls nach meinem Eindruck öffentlich debattiert wird - braucht es zuverlässige und bündnistreue Politikerinnen und Politiker.

Deshalb noch einmal das Signal an alle Länder, das eigene Handeln, vielleicht auch den Wunsch nach eigener Profilierung, selbstkritisch zu hinterfragen, meine Damen und Herren.

Vielleicht hat die Debatte, die jetzt auf Bundesebene geführt wird, auch ein wenig damit zu tun, dass es doch einige gegeben hat, die dem Druck aus der Wirtschaft, zu öffnen oder jedenfalls nicht weiter zu schließen, nachgegeben haben und die Bundeskanzlerin möglicherweise nicht in jedem Fall noch die volle Gefolgschaft ihrer Partei hinter sich wusste. Das darf aber nicht sein, meine Damen und Herren.

Nun sind wir in der Debatte über eine sogenannte Notbremse. Ich schließe mich ausdrücklich der Bewertung des Ministerpräsidenten an: Für Niedersachsen -

ausdrücklich betont: für Niedersachsen - ist diese Bundesregelung in der Summe unnötig, aber sie ist auch unschädlich. Wenn wir in verschiedenen Diskussionen über Regelungen debattieren, die nicht wirklich helfen, aber auch nicht schaden, vergleicht der Kollege Watermann das manchmal mit Haarwasser. Dem will ich mich ausdrücklich nicht anschließen. Trotzdem ist das vielleicht ein ganz gutes Bild dafür, dass eine Regelung keinen Schaden bei uns anrichtet, aber bei uns in der Tat auch nicht nötig wäre.

Aber, meine Damen und Herren - deswegen habe ich das gerade betont -, für andere Bundesländer scheint eine solche Bundesregelung sehr wohl nötig, zum Teil vielleicht sogar bitter nötig zu sein.

Meine Damen und Herren, ich habe über den Föderalismus gesprochen. Nach meiner Einschätzung ist es dem Föderalismus wiederum durchaus zuträglich, wenn die Bundespolitik von den monatelangen Erfahrungen landespolitischer Pandemiebekämpfung profitieren kann. Es zeigt sich ja auch - jedenfalls nach meinem Eindruck -, dass die Bundespolitik durchaus schon zügig zu einem Erkenntnisgewinn an dieser Stelle gekommen ist und sicherlich auch weiter kommen wird, meine Damen und Herren.

Um die Bewertung „unnötig, aber auch unschädlich“ zu untermauern, meine Damen und Herren: Würden wir alle Regelungen der sogenannten Notbremse ausschöpfen, dann stünden wir in Niedersachsen - jedenfalls in der Summe - vor Lockerungen und nicht vor Schließungen. Genau das wollen wir aber nicht.

Ich gehe jetzt nicht auf einzelne Unterpunkte ein. Zwei Punkte dürften aber vielleicht eine Rolle spielen: Bei der Mitrechnung von entsprechenden Kontaktpersonen würden wir die Schwelle von 6 auf 14 Jahre hochsetzen. Das ist dann eine Vereinheitlichung, und es macht auch Sinn, das in den familiären Zusammenhängen so zu regeln. Den Inzidenzwert bei Click & Meet, beim Termineinkaufen, von 100 auf 150 hochzusetzen, würde auch einer Vereinheitlichung dienen und erscheint angesichts der Zahlen jedenfalls vertretbar.

Meine Damen und Herren, zentraler Punkt der Auseinandersetzung mit Blick auf die sogenannte Notbremse auf Bundesebene sind die geplanten nächtlichen Ausgangsbeschränkungen, die bei der Inzidenz 100 zwingend erfolgen würden. Ich will durchaus bekennen, dass das ganz unstrittig ein schwerer Eingriff in die Grund- und die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ist. Aber alle wissenschaftlichen Expertisen belegen - je nachdem, welche Sie sich nun herausgreifen -, dass man damit durchaus Kontaktreduzierungen von 6 bis - manche gehen fast so hoch - 20 Prozent erreichen kann. Jede Kontaktbeschränkung - dies wissen wir - zieht logischerweise auch eine Reduktion von Infektionen nach sich, meine Damen und Herren.

Die Hürde ist rechtlich durchaus hoch. Durch das Bundesgesetz ist jetzt ein Automatismus in Gang gesetzt. Das mag die Diskussion vor Ort erleichtern. Das mag auch inhaltlich helfen. Das Mittel erscheint jedenfalls geeignet - ich habe das gesagt -, wenn keine mildereren Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Aber - auch das ist korrekt - die rechtliche Bewertung bleibt in der Tat abzuwarten. Deshalb bin ich durchaus noch etwas zurückhaltend in der Bewertung.

Ich möchte einen weiteren Punkt herausgreifen. Beim Thema Schule erscheint es jedenfalls mir richtig, dass Niedersachsen auf dem verlässlichen Kurs bleibt, dieses Thema in den Mittelpunkt zu stellen und Schulen zu sicheren Orten zu machen. Deshalb erscheint es richtig, hier nicht den höheren Inzidenzwert von 165 zu Grunde zu legen, der ja ein politisch ausgehandelter Kompromiss ist. Es gibt wohl auch niemanden, der versucht, das irgendwie anders zu begründen. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir in Niedersachsen bei der klaren und verlässlichen Linie bleiben, die wir seit Monaten fahren, und den Schwellenwert bei 100 setzen, meine Damen und Herren.

Ich möchte eine weitere Regelung erwähnen, die im Zusammenhang mit dem Gesetz eine Rolle spielt und die mir in der Diskussion ein bisschen zu kurz kommt. Die in dieser Pandemie besonders Benachteiligten, meine Damen und Herren, sind u. a. die Kinder und Jugendlichen. Deswegen ist es gut und richtig, dass die SPD ein 2 Milliarden Euro schweres Corona-Aufholpaket durchgesetzt hat, womit viele Maßnahmen in und um Schule herum - so möchte ich das einmal formulieren - und im sozialen Umfeld finanziert werden können. Ich halte das ausdrücklich für richtig.

Auch halte ich es für richtig, dass wir im Bereich der Unternehmen zu einer Test- und Homeoffice-Pflicht gekommen sind. Die Testpflicht umfasst jetzt zwei Tests wöchentlich. Das haben wir durchgesetzt. Ich halte das für absolut richtig. Anders wird man es nicht machen können, meine Damen und Herren.

Deshalb komme ich zu dem Schluss, dass Niedersachsen richtig handelt, dieses Gesetz nicht zu blockieren. Im Gegenteil, meine Damen und Herren: All diejenigen, die das fordern, handeln in meinen Augen unverantwortlich. Sie handeln übrigens auch gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Eine Blockade würde Zeit kosten. Niemand, der es mit der Bekämpfung der Pandemie ernst meint, kann das wollen, meine Damen und Herren.

Erlauben Sie mir, noch zwei, drei an die Opposition gerichtete Punkte zu formulieren. Man könnte es grob zusammenfassen: Es ist ein bisschen wie immer. Das erlebe ich in der Tat schon seit Monaten an jeder einzelnen Stelle - egal, ob im Fernsehen, in den Printmedien, in den sozialen Medien oder auch hier im Landtag. Die Opposition fordert immer Konzepte. Sie sagt aber wohlweislich nicht, welche das denn nun wären.

Die Grünen fordern zurzeit einerseits vehement Schließungen. Wenn man aber Ihre Rede vorhin aufmerksam verfolgt hat, Frau Kollegin - ich meine, dass ich das getan habe -, dann hat man festgestellt, dass Sie zwar Schließungen predigen, aber in der Summe andererseits doch einen ganzen Haufen von Öffnungen fordern.

Ein klarer Kurs sieht jedenfalls anders aus.

Hinsichtlich der Schließungen, die Sie immer predigen, sagen Sie wiederum wohlweislich nicht, was denn geschlossen werden soll, meine Damen und Herren.

Ich möchte Sie der Fairness halber einfach zitieren. Ich hoffe, dass ich beim Zitieren nichts falsch mache, aber Sie können mir ja bei Gelegenheit widersprechen. Ich habe mir Ihren ganz aktuellen Antrag zu Gemüte geführt - ich wollte nicht stundenlang in der Historie kramen. Darin sind einige richtig gute Sätze enthalten, die ich dem Landtagsplenum natürlich nicht vorenthalten will.

In der Drucksache 18/9038 führen Sie, die Grünen, unter „Der Landtag stellt fest“ unter dem vierten Spiegelstrich aus - jetzt, bitte, wirklich aufmerksam zuhören, meine Damen und Herren -: „Nur ein konsequentes Senken der Corona-Infektionszahlen führt zu konstant niedrigen Infektionszahlen.“

Das ist wirklich hochgradig beeindruckend, absolut hochgradig beeindruckend. Das ist im Übrigen sogar richtig. Ich möchte allerdings ergänzen: Es hilft niemandem weiter, Frau Kollegin, das ist der entscheidende Punkt.

Es geht noch weiter. Sie haben ja noch mehr aufgeschrieben. Sie waren fleißig. Sie fordern die Landesregierung auf, „effektive Maßnahmen zu ergreifen, die kurzfristig dazu geeignet sind, den R-Wert unter 1 zu senken und die Infektionszahlen ... deutlich zu reduzieren.“ Die Landesregierung soll also effektive Maßnahmen ergreifen. Welche sind das, Frau Kollegin?

Unter der Nr. 2 fordern Sie - Sie haben gerade *effektive* Maßnahmen gefordert -, „*weitere* Maßnahmen zu ergreifen, welche die Sieben-Tages- Inzidenz unter 50 senken.“

Meine Damen und Herren, das alles ist nicht falsch. Aber das hilft doch ernsthaft niemandem weiter.

Sie selbst waren es gerade, die in ihrer Rede zu Recht gefordert hat: Wir brauchen Antworten, meine Damen und Herren. - Dem schließe ich mich an.

Wir brauchen Antworten, aber keine leeren Worthülsen und nicht das pausenlose Fordern von Maßnahmen, ohne einmal Ross und Reiter zu nennen, meine Damen und Herren!

Dann möchte ich auf das Thema Osterruhe zu sprechen kommen. Sie haben auch das gerade in Ihrer Rede angesprochen. In Ihrem Antrag steht auch, dass mit der Wirtschaft Gespräche aufzunehmen sind, „wie eine deutliche Kontaktreduzierung ... mit Blick auf anstehende Feiertage umgesetzt werden kann.“ Da ich sozusagen nicht so richtig im Film war, dachte ich: Guck mal in den Kalender, dann siehst du, wann die Feiertage sind. - Ich habe gesehen: Samstag, 1. Mai.

Sie wollen also keine Osterruhe, sondern eine 1.- Mai-Ruhe. Da der 1. Mai ein Samstag ist, gehe ich davon aus, dass das nicht ernsthaft Ihr Vorschlag ist.

Der nächste Feiertag, den ich - jedenfalls in meinem Kalender - gefunden habe, ist der Muttertag. Muttertag ist aber traditionell ein Sonntag - in diesem Jahr Sonntag, der 9. Mai, meine Damen und Herren. Diesen Tag können Sie auch nicht meinen, weil an diesem Tag wahrscheinlich sowieso schon Sonntagsruhe ist.

Der nächste Feiertag, der infrage kommt - den würde ich Ihnen zubilligen -, ist Himmelfahrt. Das findet am 13. Mai statt.

Meine Damen und Herren, das ist noch drei Wochen hin.

Das heißt, Sie fordern ganz schnelle Maßnahmen. Sie sagen, die Bundesnotbremse, die heute verabschiedet werden soll, ist nicht schnell genug, und fordern Gespräche über eine Ersatzosterruhe - so will ich es mal nennen -, die in drei Wochen stattfinden soll. Meine Damen und Herren, das ist doch nicht wirklich ernst gemeint an dieser Stelle!

Zu guter Letzt - ein oder zwei Sätze muss ich einfach noch anbringen; es findet sich nämlich noch etwas in diesem Antrag, das wirklich ein Meisterwerk ist; ich bitte um Verzeihung - wird die Landesregierung aufgefordert - auch das muss man sich genüsslich auf der Zunge zergehen lassen -, „schon jetzt Vorkehrungen zu treffen,“ - Vorkehrungen sind immer gut - „um flächendeckend Konzepte für ein Leben mit dem Coronavirus bei niedrigen Inzidenzen“ „durch Begleitmaßnahmen wie Schnelltests umsetzen zu können und“ - jetzt kommt der entscheidende Punkt! - „damit künftig ein erneutes Hochschnellen der Zahlen zu verhindern.“

Ich glaube, so sollten wir es machen.



Das ist so wunderbar, herrlich unkonkret, dass das jeder unterschreiben kann. Aber ich sage noch einmal: Es hilft niemandem weiter! Welche Vorkehrungen, liebe Grüne, für welche Konzepte? Butter bei die Fische, liebe Grüne!

Was genau ist Ihr Vorschlag außer - da entlarvt Sie schon die Überschrift des Antrags - „nachts ist es kälter als draußen“? Das hilft wirklich niemandem weiter, meine Damen und Herren.

Auch Ihre soeben wiederholte Kritik an den versandten Impfberechtigungen für Vorerkrankte halte ich, vorsichtig formuliert, ehrlich gesagt für wenig zielführend. Diese Briefe gehen jedenfalls nach meiner Kenntnis auf Verschlüsselungen der Krankenkassen zurück. Sie sind also mitnichten auf der Grundlage irgendeines privaten Verteilers der niedersächsischen Gesundheitsministerin entstanden, sondern gehen auf Verschlüsselungen der Krankenkassen zurück. Das heißt, wenn es dort wirklich Fehler gibt – und ich glaube, dass es nur wenige Fehler sind -, dann kann dafür - für eine mögliche falsche Verschlüsselung mit Blick auf Vorerkrankungen - doch nicht ernsthaft die niedersächsische Gesundheitsministerin die Verantwortung übernehmen. Es bleiben nur zwei mögliche Verantwortliche: Entweder waren es die Krankenkassen - dann war es ein Eingabefehler im Computer -, oder es müssen die Hausärzte gewesen sein.

Was ich aber sagen will, ist: Gönnen Sie denn diesen vielen Vorerkrankten - viele haben sich u. a. bei mir gemeldet und dafür bedankt, dass sie in der Impfpriorisierung nach vorn gerutscht sind - nicht diesen Vorfahrtschein, den sie einmalig bekommen, um sich schützen zu können?

Ich halte Ihre Kritik an dieser Stelle schlichtweg für nicht zielführend, um nicht zu sagen: für ziemlich daneben.

Meine Damen und Herren, die SPD legt Wert auf Gerechtigkeit. Deswegen ist es nur recht und billig, dass auch die FDP kritisiert wird.

- Ja, Sie haben es schon gemerkt, ich bin für Gerechtigkeit. - Allerdings fällt diese Kritik an der FDP diesmal deutlich schmaler aus. Ich habe nämlich von Ihnen tatsächlich aktuell gar nicht mehr so richtig was gehört.

Sie fordern zwar auch weiterhin Konzepte, ohne jemals Farbe zu bekennen, wie sie auszusehen haben. Aber ansonsten hört man von Ihnen wenig - außer natürlich, dass das, was irgendwelche Regierungen in Deutschland machen, in der Summe alles falsch und im Zweifel auch verfassungswidrig ist. Aber man muss Ihnen ausdrücklich positiv attestieren, dass Sie sich treu bleiben: Sie sind prinzipiell gegen alles und positionieren sich weiterhin als Totalopposition. Das ist legitim. In der Sache voranbringen wird es vielleicht kurzfristig - die Betonung liegt

auf „kurzfristig“ - Ihre Umfrage-ergebnisse, ansonsten aber nichts und niemanden, meine Damen und Herren.

Zusammengefasst: Das Bundesgesetz ist, wie Herr Ministerpräsident Weil ausgeführt hat, unschädlich für Niedersachsen - so habe ich es vorhin gesagt -, aber es ist doch notwendig bzw. nötig für andere Länder. Das FDP-Motto „Wenn jeder an sich selber denkt, ist an alle gedacht“ hilft uns an der Stelle eben nicht weiter. Deswegen hat der Herr Ministerpräsident korrekterweise auch daran appelliert, dass wir einen gesamtdeutschen Blick auf die Verhältnisse haben sollten. Das ist richtig und angemessen, meine Damen und Herren.

Es bleibt unser Ziel in Niedersachsen, durch Testen, durch Impfen und auch durch Einschränkungen, soweit sie notwendig sind, die Zahl der Infektionen niedrig und beherrschbar zu halten, um dann bei immer höherer Quote der Erst- bzw. dann Komplettgeimpften, wo immer es möglich ist, zu lockern und die Pandemie schrittweise hinter uns zu lassen, meine Damen und Herren.

Ganz besonders haben wir dabei die Schulen im Blick - ich hatte es erwähnt -, die wir zu sicheren Orten machen. Kinder- und Jugendliche dürfen nicht die Verlierer in dieser Pandemie sein. Es ist richtig und notwendig, dass deshalb nun Impfpriorisierungen für alle Lehrkräfte gelten. Es ist gut und richtig, dass wir eine Testpflicht haben. 6 Millionen Tests sind schon ausgeliefert. Es ist auch korrekt - auch darauf hatte der Ministerpräsident hingewiesen -, dass wir in den Kindertagesstätten testen wollen, sofern entsprechende Tests zugelassen *und* geeignet sind. Beide Kriterien müssen erfüllt sein, meine Damen und Herren. Und es ist gut und richtig - ich hatte es erwähnt -, dass der Bund 2 Milliarden Euro für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellt.

Die Impfentwicklung in Niedersachsen ist eine absolut positive. Mit Stand von heute sind 1,9 Millionen Niedersachsen in den Impfzentren geimpft worden, über 100 000 schon in den Hausarztpraxen - natürlich mit steigender Tendenz. Also über 2 Millionen Impfungen in Niedersachsen, meine Damen und Herren! Das ist positiv. Das Feedback, das jedenfalls wir mit Blick auf den Verlauf der Impfungen in den Impfzentren und mindestens genauso in den Hausarztpraxen erhalten, ist absolut positiv. Ich halte das Kaputtreden dieser Impfkampagne für fahrlässig, meine Damen und Herren.

Es ist gut und richtig, dass an diesem Wochenende eine große Impfkaktion stattfindet. Auch das wird uns bei den Impfungen zu neuen Höchstständen führen. Täglich können wir dazu beinahe bundesweit Rekordmeldungen verzeichnen, immer unter der Voraussetzung - auch das ist gesagt worden -, dass die Lieferungen stetig eintreffen.

Meine Damen und Herren, mein Fazit: Mein Eindruck ist, dass wir vielleicht nur noch den kürzesten Teil der Wegstrecke mit Blick auf die Pandemie vor uns haben. Ich will aber nicht verhehlen - ich glaube, das bekommen auch andere Abgeordnete aus der Bevölkerung gespiegelt -, dass dieser Teil der Wegstrecke auch der schwierigste Teil sein könnte. Denn kurz vor dem Ende steigt entsprechend der Druck.

Niedersachsen bleibt im „Team Vorsicht“. Wir öffnen nicht, sondern fahren weiterhin einen verlässlichen und vernünftigen Kurs. Wir nehmen die Lage weiterhin sehr ernst, und wir handeln, meine Damen und Herren, weder leichtsinnig noch panisch; denn weder Leichtsinn noch Panik sind in einer solchen Krise gute Ratgeber.

Unser Ziel bleibt es, in den nächsten Monaten mit den genannten Instrumenten schrittweise aus der Pandemie herauszukommen. Dabei bitten wir alle, die guten Willens sind, um Mithilfe und Unterstützung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.